

Solidarität mit Krabbenfishern

Kritik an EU in Nordfriesland: Politiker planen Resolution – Unterstützer melden sich zu Wort

Birger Bahlo

Krabbenfisher an der Nordseeküste sind unter Druck geraten. Ein Aktionsplan der Europäischen Union (EU) sieht unter anderem vor, dass ab 2024 grundberührende Netze verboten sein sollen, wie unsere Zeitung mehrfach berichtet hatte. Das soll nun auch Thema im nordfriesischen Kreistag werden, der am kommenden Freitag um 9.30 Uhr im Sitzungssaal des Husumer Kreishauses zusammenkommt.

Die SPD-Fraktion hat nämlich per Dringlichkeitsantrag eine Resolution eingebracht. Ministerien in Kiel und Berlin werden aufgefordert, dem Aktionsplan auf keinen Fall zuzustimmen.

„Der Plan bedeutet nichts anderes als ein Total-Verbot jeglicher Fischerei in Nordfriesland. Davon betroffen sind insbesondere Pellworm, aber auch Husum, Föhr, Amrum, Sylt, Schlüttsiel, Nordstrand und Tönning“, heißt es in dem Resolutions-Entwurf. In der Nordsee vor Schleswig-Holsteins Küsten seien nämlich nahezu 100 Prozent der Küstengewässer und sehr große Bereiche der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) als Natura 2000-Gebiete ausgewiesen.

CDU fordert Tempo bei Auszahlung von Beihilfen

„Selbstverständlich“ sei die Forderung, die Fischerei nachhaltig zu gestalten, zu unterstützen. Die deutschen Fischer hätten bereits große Anstrengungen unternommen, um im Rahmen von MSC-Zertifizierungen nachhaltig zu wirtschaften – unter anderem durch technische Verbesserungen am Fanggeschirr, Monitoring des Beifangs und der Etablierung eigener Managementsysteme.

Bislang gebe es keine wissenschaftlichen Belege dafür,



Deutschlands Krabbenfisher demonstrieren ab heute in Büsum. Sie fürchten um ihre Existenz. Jetzt will die SPD-Fraktion in Nordfrieslands Kreistag eine Resolution verabschieden lassen, um ihnen den Rücken zu stärken.

Foto: Sina Schuldt

dass ein komplettes Verbot der bodenberührenden Fischerei zu einer signifikanten Verbesserung befischter Lebensräume im Küstengewässer Schleswig-Holsteins führen könnte. Außerdem habe sogar der WWF festgestellt, dass die Krabbenfischerei, die nur in den Küstengebieten möglich sei, keine empfindlichen Lebensräume wie Seegraswiesen, Riffe oder Muschelbänke berühre.

Auch von anderer Seite wird den Krabbenfishern der Rücken gestärkt. So hatte sich CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Damerow nach eigenen Angaben in Berlin um die zügige Auszahlung von Beihilfen bemüht, von bis zu 35 000 Euro pro Betrieb. Die Regierung hatte nämlich mitgeteilt, die würden nicht vor Juni ausgezahlt. „Ganz offensichtlich hat die Bundesregierung die dramatische wirtschaftliche Situation der Krabbenfisher an der Nordseeküste nicht verstanden. Eine zügige Auszahlung der Beihilfen,

„Jeder Fisch, den wir nicht mittels unserer eigenen Fischerei für die Bevölkerung auf den Tisch bringen, muss aus Drittländern importiert werden – das bedeutet auch hier wieder Abhängigkeiten und vor allem eine noch schlechtere CO₂-Bilanz.“

Nautischer Verein Nordfriesland

wie ursprünglich angekündigt, sieht anders aus“, so Damerow.

Die Krabbenfisher in Frankreich oder den Niederlanden hätten derweil bereits im März wirksame staatliche Hilfen erhalten, ihre deutschen Kollegen warteten bis heute vergebens auf Unterstützung der Bundesregierung, heißt es abschließend im CDU-Papier.

Auch die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste (SDN) stellt sich an die Seite der Krabbenfisher. „Es mag sich merkwürdig anhören“, befürchtet SDN-Vorsitzender Gerd-Christian Wagner, „aber ohne eine nachhaltige Küstenfischerei hat unsere Nordsee, bei all ihrer industriellen Nutzung, kaum mehr eine Chance, noch wenigstens ein der Natur nahes Refugium zu bleiben.“

Nautischer Verein mischt sich ein

Sein Stellvertreter Ulrich Birstein – er ist Kapitän und Seelotse – betont die ständigen Verbesserungen der Fanggeräte und -methoden, die die Fischer für die fortlaufende Zertifizierung umsetzen würden. Die Netze der Krabbenfisher würden kaum den Boden berühren und somit nur minimale Spuren im Meeresboden hinterlassen, die schon nach einer Tide nicht mehr auffindbar wären. Zudem redu-

zieren sie durch eine innere Netzkonstruktion sogar deutlich den Beifang.

Ein ganz anderes Argument bringt der Nautische Verein Nordfriesland ins Spiel: „Jeder Fisch, den wir nicht mittels unserer eigenen Fischerei für die Bevölkerung auf den Tisch bringen, muss aus Drittländern importiert werden – das bedeutet auch hier wieder Abhängigkeiten und vor allem eine noch schlechtere CO₂-Bilanz.“

Der Aktionsplan der EU-Kommission suche „in seiner Radikalität seinesgleichen und kommt einem Berufsverbot gleich“, heißt es im Positionspapier des rund 80 Mitglieder starken Verbandes. Und: „Ein Gewerbe, welches identitätsstiftend für unsere Küstenländer ist, wird damit einfach ausgelöscht.“ Mit der Entscheidung, Fischer zu werden, entscheide man sich nicht nur für einen Beruf, sondern für ein Leben, heißt es weiter seitens des Vereins.